Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Sonntag. Vierteljahres-Abonnement 1,50 Reichsmark. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliche ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark. Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortlicher Redakteur: Otto Kreßlich, Nürnberg. Fernsprecher: 24 403. Versandstelle, Anzeigenannahme und Redaktion: Nürnberg 2, Essenweinstraße 1, I. Einzelnummer 15 Pf. Zahlungen: für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnb. 23 080. Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 18 — Nürnberg, den 3. Mai 1928 — 42. Jahrgang

Reichstagswahlen und Arbeiterschaft

Die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks

Die Kritik an der Politik des unrühmlich dahingeschiedenen Bürgerblocks geht nicht nur bei seiner fragwürdigen Außenpolitik, seiner kulturfeindlichen Kultur- und Sozialpolitik, sondern auch vernichtender Weise bei seiner verkehrten Wirtschafts- und Finanzpolitik ein.

Die Arbeiterklasse ist an dem Ausfall der diesmaligen Reichstagswahlen auch nach dieser Richtung hin ganz besonders interessiert. Angelegenheiten der Wirtschaftsgestaltung und Wirtschaftspolitik sind doch alles Fragen, die die Existenzbedingungen des Arbeiters unmittelbar berühren, die aber schließlich politisch mit dem Stimmzettel entschieden werden. Ein Teil der Wahlberechtigten hat das bei früheren Wahlen nicht eingesehen, 30 bis 35 Prozent aller Wahlberechtigten, wahrscheinlich zum größten Teil Proletarier, haben gewohnheitsmäßig ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Deshalb konnte der arbeiterfeindliche Bürgerblock zustande kommen. Die Wahlmuden, die sogenannten Wahlfaulpelze, wenn sie auch diesmal wieder den Wahlausfall sabotieren, werden damit eine ungeheuere Schuld auf sich laden, die nicht zu verantworten ist.

Es mag immerhin noch Leute geben, die da meinen, daß der Kampf um bessere Existenz des Arbeiters vornehmlich durch die Starke der Gewerkschaften im ökonomischen Kampfe ausgetragen wird. Das ist richtig wie nur etwas richtig sein kann. Es gehört aber noch etwas anderes dazu. Die starken Gewerkschaften müssen auch Gelegenheit haben, ihre Organisation in die Wagschale zu werfen, wenn wichtige Dinge der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes entschieden werden. Der Platz ist der Reichstag. Dort müssen die Vertreter der Gewerkschaften in der nötigen Stärke vertreten sein, um sich durchsetzen zu können.

Wir haben eine zum Teil gesunde, staatlich kontrollierte Wirtschaft. Ob sich Rohstoffe, wie Kohlen, verteuern oder nicht, hängt schließlich davon ab, in welchem Maße sich die Betroffenen — und dazu gehört in erster Linie die Arbeiterschaft der Fertigwarenindustrie — mit parlamentarischen Mitteln, mit der Wucht starker Vertretung im Reichstag wehren können; hängt davon ab, wer Reichswirtschaftsminister ist und auf welche Partei er sich im Reichstage stützen kann. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft wird einerseits bestimmt durch die Warenpreise. Ganz richtig ist zu bemerken, daß die Preise von den Syndikaten, Kartellen und Trusten festgesetzt werden. Und doch kann der Reichswirtschaftsminister auf Grund der Kartellverordnung gegen den Preiswucher vorgehen. Kommt nun hinzu, daß auf den Reichswirtschaftsminister der richtige Mann ist und wieweit ihm durch eine Arbeitervertretung im Reichstag der Rücken gestreift wird. Ob das Stückchen Fleisch, das sich die Proletarierfamilie zu Mittag leistet, großer oder kleiner ist, ist in vielen Fällen eine Folge davon, ob das Reichswirtschaftsministerium stark genug ist, einen Preiswucher zu unterbinden. Die Herabsetzung der tollsten Gefrierfleischeinfuhren durch den deutschnationalen Ernährungsminister Schiele sollte warnen.

Neben einer Ueberwachung der Wirtschaftspolitik hat die Arbeiterschaft an einer Kontrollierung der Finanzpolitik des Staates das allergrößte Interesse. Wie sah es auf beiden Gebieten aber unter der bisherigen bürgerlichen Regierungsmehrheit aus?

I.

Die Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierung war den Interessen der großen Verbraucherschichten, der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Mieterschaften und Beamten, direkt entgegengesetzt. Unter dem Schutze der Bürgerblockparteien ist zwischen Großindustrie und Landwirtschaft eine Einheitsfront für den Zollschutz zustande gekommen. Selbst die verarbeitende Industrie ist in die Reihen der Hochschutzzöllner eingetreten. Die Regierung hat bei den Zollerhöhungen wichtige Waffen aus der Hand gegeben, um das Zustandekommen internationaler Kartelle zu fördern. Das stärkste Stück in der Zollpolitik der Bürgerblockregierung waren die Zollgeschenke an die Großgrundbesitzer. Die Getreidezölle wurden im Jahre 1926 durch den Bürgerblock stark erhöht. Es folgten Zollerhöhungen im Jahre 1927 für Kartoffeln, Zucker, Mehl, Schweinefleisch und Industriemais. Der Bürgerblock sucht jede Zollerhöhungen, die die Lebenshaltung der Massen so außerordentlich verteuerten, zum Teil mit der Behauptung der „Preisscheere", d. h. des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte, zu entschuldigen. Auch möchte er den Schein erwecken, als ob jene Maßnahmen nicht allein zugunsten des Großgrundbesitzes, sondern auch der Bauern getroffen wurden.

Beide Behauptungen sind unwahr. Die neuen Agrarzölle wurden in einer Zeit geschaffen, wo die „Preisscheere" bereits lange geschlossen war und die Preise für Agrarprodukte einer außerordentliche Höhe erklommen hatten. Die meisten Agrarzölle, wie die Erhöhung des Zucker- und Industriemaiszolls, zum größten Teil auch des Kartoffelzolls, dienten allein dem Großgrundbesitz. Was die Schweinezucht anbelangt, so hatte man den Bauern mit der Aufhebung des Zolls auf Futtergerste einen viel besseren Dienst erwiesen, als mit der Erhöhung der Schweineeinfuhrzölle. Die nur Teroseklusiv erfolgte Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents liegt ebenfalls in dieser Richtung, — eine kleinliche und kurzsichtige Maßnahme, die die Lebenshaltung bestimmter Volksschichten verschlechtern wird, ohne der Landwirtschaft im geringsten zu helfen.

Das vor Auflösung des Reichstags angenommene landwirtschaftliche Notprogramm sieht ebenfalls im Zeichen einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf das Ganze ausgerichtet ist, sondern einzelnen Gruppen Geschenke zuschanzt. Volkswirtschaftlich bedeutet das Notprogramm ein vollständiges Fiasko. Fast sämtliche dort beschlossenen Maßnahmen sind nicht im entferntesten geeignet, die gegenwärtige Kreditkrise der Landwirtschaft, von der überwiegend nur der Großgrundbesitz ergriffen ist, zu beheben. Die für die Landwirtschaft bewilligten Mittel werden vornehmlich zugunsten einzelner Sonderinteressenten und Sondergruppen verpulvert. Dabei hat der Bürgerblock nicht verstanden, den großagrarischen Einfluß bei den Kreditorganisationen zu beseitigen, wie dies bei der Erweiterung des Wirkungskreises der von den Großagrariern beherrschten Rentenkreditanstalt und im Kampf gegen die Preußenkasse in Erscheinung trat.

Wäre die vom Bürgerblock verfolgte Handels- und Zollpolitik für die Gestaltung des deutschen Preisniveaus verhängnisvoll — der Index für die industriellen Kostenzahler hat sich seit Beginn des Jahres 1927 von 151,1 auf 172,1 am Ende des Jahres, also um 14 Prozent erhöht —, so wirkte die Untätigkeit der Regierung in bezug auf die Preispolitik der Kartelle in derselben Richtung. Nicht nur wurde die von der Sozialdemokratie so energisch geforderte Kartellkontrolle nicht vermirklicht, sondern es wurde auch darauf verzichtet, die bereits jetzt möglichen Eingriffe vorzunehmen. Bezeichnend dafür ist der kürzlich erfolgte Rückzug gegenüber der Eisenindustrie. So blieb die deutsche Volkswirtschaft der Willkür der Monopolisten ausgeliefert. Der Kampf der Unternehmer gegen die Gemeinwirtschaft bzw. gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Anstalten und die Politik des Reichsbankpräsidenten Schacht, der die öffentliche Hand an der Aufnahme von Auslandsanleihen hindern wollte, wurde vom Bürgerblock und den hinter ihm stehenden Parteien mit vollem Eifer unterstützt. So wurden die Städte für Auslandsanleihen unter ein Ausnahmerecht gestellt, das ihren Kredit schädigen und verteuern mußte.

II.

Auch die Finanzpolitik des Bürgerblocks war nicht besser als seine Wirtschaftspolitik. Dies zeigt sich sowohl in der Gestaltung der Reichsausgaben wie in der Aufbringung der Einnahmen. Auf der Ausgabenseite, wo Posten wie Ausgaben für Kinderspeisungen aus Sparsamkeitsgründen gestrichen wurden, breiten sich Ausgaben für Rüstungszwecke aus. Der Wehretat marschiert, weitaus an der Spitze aller anderen Reichsverwaltungen. In den drei Jahren seit 1924 sind die Kosten des Wehrministeriums um 246,8 Millionen angewachsen. Dabei sind die Verschleierungsmöglichkeiten, in erster Linie beim Wehretat, aber auch bei Ausgaben für andere Zwecke äußerst bedenklich. Eine wirkliche Einsicht in die Staatsausgaben ist heute nicht möglich und die Kontrollrechte des Parlaments sind außerordentlich geschmälert. Die Bürgerblockparteien haben alle Anträge zur Ausschaltung der Verschleierungsmöglichkeiten abgelehnt.

Die Lastenverteilung hat sich während der Herrschaft des Bürgerblocks weiter zu ungunsten der großen Massen der Arbeitnehmer und Nur-Verbraucher verschlechtert. Die Lohnsteuer wie der Umsatzsteuer wurden sehr gesteigert. Dem stand über die gewaltige Steigerung der Einnahmen durch die Erhöhung der Zoll- und Verbrauchssteuern gegenüber. Die Zolleinnahmen sind von 1924 bis 1927 um mehr als das Dreifache gestiegen, so daß die Zollbelastung jetzt fast eine Milliarde Mark jährlich beträgt. In derselben Zeit sind die Einnahmen aus Verbrauchssteuern von 1200 auf 1850 Millionen jährlich angeschwollen. Was nun insbesondere die Herabsetzung der Lohnsteuer anbelangt, so sind hier die Arbeitnehmer geprellt worden. Auf Grund der sogenannten Lex Brüning hätte eine Senkung der Lohnsteuer folgen sollen, die die Einnahmen aus dieser Quelle auf höchstens 1200 Millionen jährlich hätte begrenzen sollen. Vom Bürgerblock wurde aber nur ein geringfügige Ermäßigung bewilligt und die Höchstgrenze der Einnahmen aus der Lohnsteuer von 1200 auf 1340 Millionen heraufgesetzt. In Wirklichkeit wird der Ertrag der Lohnsteuer 1928 wahrscheinlich auf 1500 Millionen steigen.

Von den gesamten Reichssteuererträgen in den Jahren 1924/27 in der Höhe von fast 30 Milliarden entfallen rund 20 Milliarden auf die Massenbelastung und nur rund 9 Milliarden auf die Besitzbelastung. Die Erträge aus den Vermögens- und Erbschaftssteuern sind verschwindend gering. Die Vermögenssteuer brachte 1926/29 Millionen Mark, d. h. nicht einmal den vorgeschriebenen Mindestbetrag von 100 Millionen, die Erbschaftssteuer nur 26 Millionen Mark. Dieser Mißerfolg ist in erster Linie auf die Bewertungsvorschriften, welche eine entsprechende Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften unmöglich machen, zurückzuführen oder der Erbschaftssteuer auch auf die wenigstens Steuerbefreiung der Ehegatten.

Die Steuerausplünderung der Landwirtschaft, wo zur Bewertung des landwirtschaftlich genutzten Bodens auch die Interessenten zugezogen wurden, artete zu einer Steuersabotage größten Umfanges aus. Die Steuerlast der Landwirtschaft wird fast ausschließlich von den mittleren und kleinbauern getragen. Bezeichnend für die Lage ist, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft an Einkommensteuern jährlich nur 80 Millionen Mark zahlt, also einem Gesamtaufkommen aus Einkommensteuern, ohne Lohnsteuer, in der Höhe von 1855 Millionen im Jahre 1927. In Ostpreußen wurden von den Mittelbetrieben drei Viertel, von den Großbetrieben zwei Drittel von der Einkommensteuer befreit.

Der Entwurf der Regierung, über die Vereinheitlichung des Steuerrechts, eine an sich notwendige Bestrebung, enthält Maßnahmen, die sowohl der Steuerverwaltung der Gemeinden Abbruch tun, wie auf einen unverantwortlichen Abbau der Realsteuern und der Hauszinssteuern hinauslaufen. Die für den Finanzausgleich auf zwei Jahre vorgenommene Uebergangsregelung enthält eine starke Begünstigung insbesondere Bayerns, auf Kosten besonders der industriellen Länder.

Das Bild der finanzpolitischen Tätigkeit des Bürgerblocks wird abgerundet durch einen Hinweis auf den Aufwertungsbetrug. Die Deutschnationalen haben ihre Wähler, denen sie bei den Wahlen die größten Versprechungen gemacht haben, schmählich im Stich gelassen, ebenso wie die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner, für die alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie von denselben Deutschnationalen abgelehnt wurden, die früher den Rentnern alle möglichen Zusagen gemacht hatten. Auch bei der Aufwertung der Werkpensionskassen hat der Bürgerblock vollständig versagt.

Obwohl der Untersuchungsausschuß für die Ruhrkredite ausdrücklich feststellte, daß Ueberzahlungen in empörendem Umfang erfolgt sind — die Gesamtsumme hat nach Meinung der Sozialdemokratie 83 Millionen zuviel erhalten, ja selbst nach Ansicht der Deutschnationalen sind die 31 Millionen mehr gezahlt worden, als der wirklich erlittene Schaden ausmachte —, hat der Bürgerblock auf eine Rückforderung der zuviel gezahlten Summen verzichtet. Auf diese Weise hat der Bürgerblock die ihm anvertrauten Volksgelder verwaltet. **Bei den Wahlen wird er nicht allein wegen seiner reaktionären Innen- und Außenpolitik, sondern auch wegen der von ihm verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die hier nur in Umrissen geschildert werden konnte, für schuldig erklärt und verurteilt werden. Deshalb mobil gemacht! Alle Kräfte aufgeboten zur Wahl am 20. Mai zur Beseitigung der bisherigen Bürgerblockpolitik!**

Die Unternehmer und der Wahlkampf

Die Industrie kauft Abgeordnete

Die Wahlkämpfe in den nächsten Wochen werden alle Kreise der Bevölkerung erfassen. Jede Berufsschicht ist sich im großen und ganzen über die Bedeutung derselben klar. Die Stimmzahlen wachsen immer mehr, weshalb jede Klasse den Versuch macht, Einfluß auf die politischen Geschicke zu gewinnen. In diesem Zusammenhang kann auch die Frage untersucht werden, wie die Unternehmer sich zu derartigen politischen Kämpfen stellen und wie sie aktiv in dieselben eingreifen.

Zieht man die Listen der Parlamentsmitglieder durch, so wird man sehr wenig Industrielle, Bankiers und Handelsherren darunter finden. Diejenigen Herren, die im Wirtschaftsleben, in den großen wirtschaftlichen Verbänden, in den großen Werken usw. an erster Stelle stehen, halten sich in der Regel von aktiver politischer Betätigung fern. Es ist des öfteren doch vorgekommen, daß sie der Aufgangen, sich aus politischen Leben zu betätigen. Nach der Staatsumwälzung waren Hugo Stinnes, Albert Vögler und andere als Reichstagsabgeordnete aufgestellt und gewählt. Wer sich jene Zeiten ins Gedächtnis ruft, wird nicht sagen können, daß diese Herren des öfteren die Parlamentstribüne bestiegen hätten, um dort ihre Ansicht kundzutun und das Staatsgetriebe von dieser Stelle aus zu beeinflussen.

Den Kenner der Kräfteverteilung im modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben verwundert eine derartige Passivität nicht. Das Wesen des modernen Staates wird nicht allein von den politischen Faktoren bestimmt. Im stillen wirkende Kräfte der Wirtschaft sind es, die nachhaltig auf den Gang der Staatsgeschäfte einwirken. Man hat in Deutschland lange Zeit von einer Zinnoberrepublik gesprochen, weil dieser Mann als der Inbegriff des Willens der Unternehmer galt und diese Gruppe zweifellos eine ungeheure Bedeutung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Leben besitzt.

Auf der anderen Seite hat man des öfteren von einer Nebenregierung der Gewerkschaften geredet. Rechtsgerichtete Zeitungen und ausgesprochene Unternehmerorgane wurden nicht müde, immer und immer wieder in die Welt hinaus zu posaunen, daß die Gewerkschaften auf den Gang der politischen Geschäfte einen großen Einfluß auszuüben in der Lage seien. Zweifellos traf dies zu, denn eine solche Massenorganisation wie die Gewerkschaften kann natürlich, selbst bei politischen Entscheidungen, nicht übergangen werden, sintemalen 75 v. H. aller politischen Fragen einen wirtschaftlichen Untergrund haben. Hiermit sollte dargetan werden, daß die großen Organisationen der Wirtschaft und des sozialen Lebens von sich aus wirken und ihre Bedeutung selbst in der Politik zum Ausdruck bringen.

Wenn nun die Unternehmer in Deutschland als politische Akteure weniger in Erscheinung treten, so stehen sie natürlich selbst bei den politischen Kämpfen nicht abseits. Sie haben in allen Parteien rechts der Sozialdemokratie ihre Vertreter, die als Syndizi oder sonstwie mit ihnen in direkten Beziehungen stehen. Als ausgesprochene Parteien der Unternehmerinteressen können die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei angesehen werden.

Die Deutschnationale Volkspartei ist bekanntlich die Nachfolgerin der Konservativen und der Freikonservativen, während die Deutsche Volkspartei im wesentlichen diejenigen Gruppen vertritt, die sich früher um die Nationalliberale Partei scharten. Auch das Zentrum hat Vertreter der Unternehmer in seinen Reihen. Desgleichen die Demokratische Partei.

Es galt schon früher als ganz selbstverständlich, daß die den rechtsgerichteten Parteien entstehenden Wahlkosten von den Unternehmern bzw. den Industrie-, Handels- und Bankfirmen getragen wurden. Die zu diesem Zweck zusammengekommenen Beträge gingen nicht in kleinen Portionen ein, wie beispielsweise die Sammellisten der Arbeiterpartei, sondern es wurden von einzelnen Firmen und Personen ganz gewaltige Summen auf einmal gezahlt. Im Jahre 1906 wurde z. B. im Ruhrgebiet ein Zirkular bekannt, welches u. a. folgendes enthielt: „In der gestrigen Zusammenkunft der Vertreter der in den Kreisen Dortmund und Bochum gelegenen Zechen wurde einstimmig beschlossen, zum Wahlfonds für die bevorstehende Reichstagswahl einen Betrag von 1,50 ℳ pro 1000 Tonnen der vorjährigen Förderung zu zahlen . . . . Dieser Betrag zum Wahlfonds ist einzuzahlen beim Dortmunder Bankverein . . . . Um Verwechslungen zu vermeiden, sind die Jahresbeiträge für den Nationalliberalen Parteifonds bei der Essener Kredit-Anstalt zu Dortmund einzuzahlen."

Das ist ein Beispiel für viele und beweist, daß die Industrie mit den rechtsgerichteten Parteien auch schon damals nahe verwandt war. Bekannt ist auch der Versuch des damaligen Staatssekretärs Posadowsky, der um die Jahrhundertwende von der Schwerindustriellen 12,000 ℳ erbettelte, um die Zuchthausvorlage durchzusetzen.

So war es früher. In der neueren Zeit ist es wirklich nicht anders geworden. Die Industriellen klagen zwar, daß die Wirtschaft so schlecht geht, daß nichts verdient wurde und die Erisparnisse der Rationalisierung für Arbeiterlohne und Angestelltengehälter draufgingen. Aber das hindert nicht daran, daß sie unter Aufwand bedeutender Mittel bestrebt sind, Parlamente zusammenzubringen, die den Unternehmern genehm sind. Dieser Wahlkampf wird gewaltige Mittel verschlingen. Die silbernen Kugeln der Unternehmer werden den Hauptteil der Wahlkosten bei den Rechtsparteien ausmachen.

Das Unternehmertum weiß, um was es sich in dem in den nächsten Wochen abspielenden Wahlkampfe handelt. Der jeden

öffentlichte Aufruf des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller, in dem zur finanziellen Unterstützung industrieller Kandidaturen aufgefordert wird, spricht es ganz offen aus. Die Arbeiterbewegung soll unterdrückt, die Sozialisierung verhindert, das demokratische parlamentarische System beseitigt und die Arbeiterschaft politisch entrechtet werden. Das sind zunächst nur fromme Wünsche, aber den industriellen Scharfmachern ist es durchaus ernst damit, und sie lassen es sich etwas kosten, um ihre Verwirklichung durchzusetzen. Die gleichen Leute, die sonst nicht beweglich genug über die „unerträglichen sozialen Lasten" zu jammern verstehen, halten einen Beitrag von mindestens 1 Mark pro Arbeiter und Woche für diesen Zweck nicht zu hoch. Freilich sind sie davon überzeugt, daß, wenn sie Erfolg haben, sich diese Kosten reichlich lohnen werden. Sollten daher die Arbeiter in diesem Wahlkampf versagen, so werden die Unternehmer leicht auf ihre Rechnung kommen.

Zu einem kürzlich gehaltenen Vortrag vor Vertretern der Provinzpresse kam Dr. Stresemann zu der Forderung, daß das Reich den Parteien nicht nur die Stimmzettel liefern, sondern auch die Wahllokale einrichten müsse. Nur so könne, meinte Stresemann, der Parteien die Unabhängigkeit von den Kapitalsmächten gewährleistet werden, die im Interesse des Staatswohles nötig sei. Daß im bürgerlichen parlamentarischen Lager Abhängigkeit von den Kapitalsmächten vorhanden ist, wußte man längst. Herr Stresemann hat es mit seinen Ausführungen unterstrichen.

Auch durch den Bayerischen Industriellenverband werden Stresemanns Ausführungen erhärtet. So ging nach der Rede Stresemanns eine Notiz durch die Presse, daß auf der Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes in München dessen Geschäftsführer mitgeteilt habe, daß man seit dem 1. Februar dieses Jahres mit der Ansammlung eines Wahlfonds beschäftigt sei, und daß von den 1900 Mitgliedern bisher schon 270 000 Mark Wahlgelder eingegangen sind. Dieses Geld wird zur Unterstützung im Wahlkampf ausgegeben. Es sollen bei der Verteilung solche Parteien berücksichtigt werden, die bereit sind, für die Interessen der Industrie einzutreten. Sie müssen vor allem Verständnis für die Erfordernisse einer gesunden nationalen Wirtschaftspolitik haben. Das heißt auf deutsch, der Partei helfen wir mit unserem Geld unter die Arme, die bereit ist, uns Mandate zur Verfügung zu stellen.

Die bürgerlichen Parteien nehmen die Gelder der Industriellen dankbar an. Gerne verfassen sie Mandate.

Das sozialdemokratische Organ in Chemnitz ist in der Lage, ein Schriftstück des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 15. März d. J. zu veröffentlichen, in dem die Angehörigen des Verbandes darauf aufmerksam gemacht werden, daß auf Beschluß des Gesamtvorstandes in Dresden jede Mitgliedsfirma mindestens 20 Pfennig pro Arbeiter und pro Monat für die Monate Februar, März, April und Mai an den Verband abzuführen hat. In dem Schreiben heißt es unter anderm wörtlich:

„... so ... ist es erforderlich, daß die vom Verband eingeleitete Sammlung zur Unterstützung industrieller Kandidaturen mit Energie fortgesetzt wird. Gemäß den Absichten des Gesamtvorstandes sollen mit diesen Mitteln diejenigen Parteien unterstützt werden, die sich bereit erklären, Industrielle an sichere Stelle in ihre Reichstagswahlliste zu setzen ... Der Verband legt aber Wert darauf, daß eben erklärt werden muß, daß sich dieser Gesinnungsfonds nur um die Unterstützung industrieller Kandidaturen handelt, während er es als selbstverständlich ansieht, daß seitens der industriellen Firmen die monatlichen oder zeitweisen oder mindestens zu Zeiten der Wahl sehr notwendigen sonst geleisteten einzelnen Beiträge für bestimmte Parteien davon in keiner Weise betroffen werden sollen ..."

Also: die Industrie setzt alles daran, Mandate für ihre Scharfmacher und Syndizi zu kaufen. Sie unterstützen die bürgerlichen Parteien mit Hunderttausenden von Mark, um sich dadurch politische Macht zu kaufen. Und das Ende vom Liede dieser Wahlunterstützungsaktionen ist: Unterdrückung der Arbeiterschaft. Aufrichtung der Kapitalsherrschaft. Gegen diese Bestrebungen der Industrie kann es für die Arbeiterschaft nur eines geben: Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Die ermüdender Kampf gegen den Kapitalismus und seine Helfershelfer.

Es geht um die Macht im Staat. Das freie Wahlrecht hat nicht das gebracht, was wir erhofft haben. Was waren die Deutschnationalen, die Volkspartei und all die anderen für ein kleines Häuflein, wenn sie nicht immer noch gewaltigen Zuzug aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bekommen würden. Diese Kreise, die sich ihre Mehger selber wählen, werden durch einen ungeheuren Propagandaapparat getrieben. Dieser Apparat wird von den Unternehmern gezahlt. Die Voraussetzungen eines freien Wahlrechts sind politische Reife und eigene Urteilsfähigkeit. Daß es hieran sehr mangelt, dürfte allgemein bekannt sein. Die gewaltigen Mittel der Unternehmer werden im Wahlkampf eingesetzt, um den Einfluß der Arbeiterklasse im Parlament zu vermindern. **Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich deshalb materiell und ideell für die ihnen nahestehenden Kandidaten einsetzen, damit ein Gegengewicht entsteht und die Gelder der Unternehmer doch nicht den Ausschlag geben.**

Der alte Reichstag war das Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klassen, vor allem des industriellen und großagrarischen Kapitalismus. Der kommende Reichstag soll und kann — wenn die Arbeiterschaft dazu die erforderliche Einsicht und Geschlossenheit aufbringt — das Parlament des arbeitenden Volkes sein!

So reck dich auf ...!

Sechs Tage im Werk. Im Donner der hämmernden Maschinen, der dir unaufhörlich einpaukt: „Sklave, gib acht, sonst zerfleischt ich dich" und „schufte —, schufte mehr, sonst mußt du hungern", gehen deine Gedanken unter. Dein Weib und Kind, was Freudling und Blütenpracht, du stehst im Werkfrost und vergißt dein Sein. Du wirst zum Arbeitstier, bist schlimmer dran als ein solches, da du, wie die kapitalistische Ordnung es will, nicht einmal satt zu essen hast. Schaffst dich Tag für Tag mude, verfluchst dein Los und dein Dasein und machst dir dein Leben schwerer als es ohnedies ist.

Was tust du, um dein Leben menschenwürdiger zu gestalten, um dein und deiner Familie hartes Los zu erleichtern? Ist dir nicht alles gleich sagst du nicht immer, dir kann niemand helfen? Gehst du nicht mürrisch in den Biertempel, um deine Sorgen für Stunden zu vergessen?

Du bist auf falschem Weg, laß dir das sagen! Denn wisse, daß Tausende und aber Tausende, denen es genau so miserabel geht wie dir, unermüdlich am großen Werk arbeiten; an der Befreiung des Proletariats. Bei diesem Spiel, viel weiter sein, wenn du dich schon längst aufgerafft hättest, an diesem Werk mitzuarbeiten. Da schimpfst du über die hohen Steuern, über die furchtbare Teuerung, über alles das, was dir das Leben zur Hölle macht. Die dir dieses Dasein vergiften, die dich ausbeuten bis aufs Blut, sie sitzen sich auf deine Nachlässigkeit und treiben ihr frevles Spiel ins Unerhörte.

Jetzt, in den Tagen der Wahl tritt eine große Verantwortung an dich heran. Du hast es in der Hand, dein und unser aller Schicksal anders zu gestalten; du kannst durch die Wahl mitbestimmen, wie die Steuerlasten verteilt werden, welche Zollpolitik nicht notwendig ist und anderes mehr. Du bist es dir und deiner Familie schuldig, deine Stimme denen zu geben, die sie dich eintreten!

Wählst du aber die, die jeden Freitag auf deine Groschen lauern, oder wählst du die, die deinen Lohn so niedrig halten, daß du mit Weib und Kind darben mußt, dann mache dich später allein verantwortlich! Und wenn du überhaupt nicht wählst, so ist das genau so, als wenn du deine Ausbeuter wählst; denn sie, die immer noch am Ruder sind, sie profitieren aus der Stimme, die uns fehlt. Kannst du das vor deiner Familie verantworten?

Nein! Deshalb rasse und recke dich auf, denke daran, daß wir, das schaffende Volk, die Mehrheit sind und verhelfe du uns mit, dieser Mehrheit Ausdruck zu geben. Hoffe nicht auf Gutaten deiner „Herren". Glaube nicht an solche Märchen, verlange selbst frei und stark was dein ist. Und da man es dir nicht gibt, so wähle deine Genossen, die es dir erkämpfen werden. Sei jederzeit bereit, diesen Kampf selbst nach Kräften zu unterstützen.

H. F.

Zur Reichstagswahl!

Die Mehrheit im bisherigen Reichstage war reaktionär. Sie setzte sich ein für eine Politik, die hauptsächlich den Besitzenden zugute kam.

Diese Politik ging nicht nur dahin, für den Besitz Steuererleichterungen. Subventionen herauszuholen und Zollgeschäfte zu machen, sondern in erster Linie mit in der Richtung, der Arbeiterschaft nur wenig Arbeitsrecht und nur kümmerliche Sozialversicherung zu gewähren. Der Sturm auf den Achtstundentag, auf die kaum Gesetz gewordene Arbeitslosenversicherung, die Hetze gegen die neue Arbeitsgerichtsgesetzgebung, gegen die Krankenversicherung, die Verschlechterung der Mieterschutzgesetze durch die reaktionären Parteien hat das zur Genüge bewiesen.

All die Vorgänge kennzeichnen das Wesen des Bürgerblocks, beleuchten sein Wirken zugunsten der besitzenden Klasse mit aller Schärfe. Das sollten sich alle die irregeleiteten Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch das vorige Mal in ihrer Verblendung der Deutschnationalen Volkspartei, den sogenannten Völkischen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum ihre Stimme gaben, zu Herzen nehmen.

Nur eine sozialistisch gerichtete Politik wird den Volksinteressen gerecht. Nur eine genügend starke Parlamentsvertretung dieser Richtung wird die anmaßenden Angriffe der Kapitalisten abzuwehren und dem Treiben zugunsten der besitzenden Kreise ein Ende zu machen imstande sein. Es gilt, diese Erkenntnis in die breiten Massen zu tragen.

Täglich, stündlich, muß daran gearbeitet werden, daß bei dieser Wahl die reaktionären bürgerlichen Parteien keine Stimmen mehr aus Arbeiterschichten bekommen!

Deutschnationale Schmähungen der Arbeitslosen

Die Gehässigkeit, mit der die landwirtschaftlichen Unternehmer der Sozialpolitik gegenüberstehen, kommt erneut in einer Rede zum Ausdruck, die der Landbunddirektor Hölzel anläßlich der letzten Tessauer **Landbunddemonstration** hielt. Nach der Bernburger „Volkswacht", Nr. 68, hat Hölzel der Feststellung, daß die Landbundmitglieder erklärt hätten, keine Sozialversicherungsbeiträge mehr zahlen zu wollen, nachstehende Bemerkungen folgen lassen:

„Die ganze Sozialgesetzgebung, namentlich das neue Reichsversicherungsgesetz zum Schutz der Arbeitslosen, wirkt so, daß man sie als eine staatliche Prämie auf die Faulheit denken kann."

Das Bezeichnende bei dieser Bemerkung ist, daß sie im Beisein des Sekretärs des Deutschen Zentralverbandes der Landarbeiter (christlich-nationale Richtung), Franz Bienke, getan wurde. Bienke hat mit seinem Wort dazu nicht protestiert.

In den Bemerkungen des Landbunddirektors Hölzel offenbart sich wiederum die „Arbeiterfreundlichkeit", zu der die landwirtschaftlichen Unternehmer fähig sind. Sie ist so groß, daß sie den Arbeitern kaum die Luft gönnen.

Ende Januar 1928 hatte bereits auf dem 9. Schlesischen Landbundtag in Breslau der frühere deutschnationale Abgeordnete Freiherr v. Richthofen gegen die Sozialgesetzgebung losgelegt. Er sagte wörtlich:

Die Arbeitslosenversicherung sei eine perverse Plage,

die nur dazu geeignet sei, den Arbeitswillen zu schwächen.

In der gleichen unverschämten Form äußerte sich der Landbundführer Graf v. Kalkreuth, einer der stärksten Hintermänner der Deutschnationalen Volkspartei, auf der Tagung des Reichslandbundes, die am 20. Januar 1928 in Berlin stattfand. Unter dem stürmischen Beifall der Großagrarier bezeichnete dieser Ritter von Ar und Halm die Arbeitslosenversicherung als „eine Prämie und einen Zwang zur Faulheit".

Dieser unerhörten Provokation von der „Prämie zur Faulheit" gegenüber sei darauf verwiesen, daß nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts sich im Dezember 1927 auf je 100 offene Stellen 368 männliche Arbeitsuchende angeboten haben. Für den Monat Januar wird diese Zahl auf über 600 geschätzt sein. Das bedeutet: Auf je 600 Arbeitsuchende entfallen immer nur 100 offene Stellen!

Angesichts dieser geradezu unerträglichen Notlage für Millionen finden die „nationalen" Vertreter der größten Bürgerblockpartei den Mut, die Arbeitslosenversicherung, den mehr als dürftigen, gesetzlichen Schutz für die in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter, als eine „Prämie der Faulheit" zu beschimpfen.

Der 20. Mai ist Wahltag!

Dieser Wahltag muß zu einer entscheidenden Abrechnung mit diesem reaktionären Junkertreib gestaltet werden!

Ein Lügenmanöver der Leute vom Hakenkreuz

wird von der „Metallarbeiterzeitung" aufgedeckt. Auf ein Wahlflugblatt der Hakenkreuzjünger wird folgende treffende Antwort gegeben:

„Heute ziehen die Verleumdungen der Deutschnationalen nicht mehr. Sie sind in ihrer Arbeiterfeindlichkeit erkannt. Trotzdem versuchen sie es mit dem alten Schwindel auch bei dieser Wahl wieder, sie schicken ihre jungen Leute, die Hakenkreuzler vor, die mit herumziehenden Bauernfängern ihre alten abgedroschenen Lügen wieder unter die Wähler tragen. Da sich diese abgeleimten Bürschchen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nennen, suchen sie mit ihrer Agitation hauptsächlich die Arbeiter auf. Im sächsischen Vogtland verbreiteten sie ein Flugblatt gegen die „privatdemokratischen Gewerkschaften", das die Ueberschrift „Der Betrug am Arbeiter" trägt. Der Inhalt ist eine einzige Verleumdung der Gewerkschaften; an Einnahmen und Ausgaben soll der Arbeiterbetrug nachgewiesen werden. Den Zahlen nach zu urteilen, stützt sich die Subelei auf den Geschäftsbericht 1925 des ADGB. 4 Millionen Mitglieder haben in diesem Berichtsjahr 147,28,701 Reichsmark Beitrag gezahlt, ein Durchschnitt von 37 Mark pro Mitglied. Diesen Einnahmen stellen sie die Ausgaben gegenüber und da nun eine Verleumdung herauskommen muß, wird ganz unerhört geschwindelt. So versuchen sie, ganz bot. Verwaltungskosten herauszurechnen und sehr niedere Unterstützungsleistungen. Das Jahrbuch des ADGB. für das Jahr 1926 weist rund 148 Millionen Einnahmen aus, diese Zahl bringen die Hakenkreuzler richtig. Gibt aber das Jahrbuch an Unterstützungen für Krankheit und Arbeitslosigkeit die ungeheure Summe von 62 Millionen Mark an, so bringen die Hakenkreuzler es fertig, in ihrem Flugblatt von nur 33 Millionen zu sprechen. Dabei ist bekannt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in dem Berichtsjahr 1926 allein 18 Millionen für seine arbeitslosen Mitglieder ausgegeben hat. Diesen Schwindel brauchen die Hakenkreuzler, um ihre Niederträchtigkeiten über die „hohen Verwaltungskosten" an den Mann zu bringen. Sie stellen den angeblichen 33 Millionen Unterstützungsgelder die Summe von 35 Millionen gegenüber, die nach ihrer lügenhaften Behauptung die Verwaltung der Gewerkschaften koste. Um widerum zu dieser hohen Zahl zu kommen, werfen sie die Kosten für die Verbandszeitungen — die jedem Mitglied zugestellt wird —, die Ausgaben für die Schulung und Bildung der Mitglieder, den Rechtsschutz, das Sterbegeld, Wander- und Umzugshilfe usw. einfach unter die Verwaltungskosten. So wird es gemacht, um Prozenten zu beschwindeln und dadurch ihre eigene Vertretung aufzuheben. Nachdem sie so die Zahlen in betrügerischer Absicht durcheinandergeworfen haben, behaupten sie, 37 Mark zahlt der Arbeiter im Jahr und nur 8 Mark kämen den Hungernden und Elenden wieder zugute.

Um diese verbrecherische Lüge zu zeigen, diene folgende Tatsache:

1926 wurden von den Gewerkschaften 148 Millionen Mark eingenommen und rund 126 Millionen Mark ausgegeben. 22 Millionen Mark blieben als Kampfesreserven, die die großen Lohnkämpfe des folgenden Jahres ermöglichten. Von den 126 Millionen wurden 62 Millionen für Unterstützungen und 29 Millionen für Streiks ausgegeben. Das sind 91 Millionen Mark Unterstützungen. Würden wir das auf das einzelne Mitglied umrechnen, so ergibt sich, daß von den 37 ℳ Beitrag des einzelnen 22,50 ℳ als direkte Unterstützung dem Mitglied wieder zugeflossen ist. Mit rund 7 ℳ ist dann noch jedes Mitglied an den Reserven beteiligt. Von dem Rest wird die Verwaltung, Rechtsschutz, Zeitung, Tagungen, Vertretungen, Schule usw. bestritten.

Diesen Tatsachen stelle man die Angaben des Hetzflugblattes gegenüber, und man kann die Niedertracht ermessen, mit der das hakenkreuzlerische Lumpengesindel gegen die Freien Gewerkschaften kämpft.

Frauentag in Tuttlingen

Die Arbeiterinnen stellen in der Schuhindustrie fast die Hälfte ständiger Beschäftigten. Für die Organisation ist somit die Gewinnung der Arbeiterinnen als Mitglieder eine Frage von entscheidender Bedeutung, hatten doch die Arbeiterinnen in den Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eine große, wenn nicht ausschlaggebende Rolle. Die Organisation kann sich aber nicht zufriedengeben mit der Gewinnung der Arbeiterin als Mitglied, sondern sie muß auch eine brauchbare Kämpferin aus ihr machen und das ist nur möglich wenn die Arbeiterinnen aus ihren verschiedenen Auffassungen herauskommen und die Auffassungen der modernen Arbeiterbewegung erfassen und beherrschen lernen.

Hier setzen die Schwierigkeiten für die Organisation ein. Viele, besonders die jugendlichen Arbeiterinnen, gehen in den Betrieb mit dem Gedanken, es nur solange zu tun, bis sie sich verheiraten, dann werde für sie die Arbeit nicht mehr notwendig sein. Sind sie dann verheiratet, dann gehen sie den Weg der Hoffnung hin, nur die ersten Jahre in die Arbeit zu gehen, bis man „über den Berg" hinweg ist. Oft viel später merken sie, daß von allen diesen Träumen in der kapitalistischen Welt nur wenig in Erfüllung geht. Die Frauenarbeit wächst in der Industrie stärker als die Bevölkerungsziffer der Frau. Nach der Berufszählung von 1907 und 1925 betrüge die Zunahme der weiblichen Bevölkerung 15 Prozent, die Zunahme der berufstätigen Frauen aber 30 Prozent. Die Wirklichkeit weist also die Träume, nur bis zu einer bestimmten Zeit in den Betrieb zu gehen, in das Reich der Fabel. Hinzu kommt noch der starke Ueberschuß heiratsfähiger Frauen, die nicht zum Heiraten kommen. Ihr Los ist, ihren Erwerb sich selbst zu suchen.

Neben dieser Schwierigkeit, die in der heutigen Verfassung vieler Arbeiterinnen liegt, kommt die weitere Schwierigkeit hinzu, daß Arbeiterinnen nur sehr schwer in Versammlungen zu bekommen sind. Es müssen schon außerordentliche Ereignisse sein, die sie veranlassen, in solche Säle in den Versammlungen zu erscheinen. Die Aufklärung für die Organisation ist nicht so leicht, als wie bei den männlichen Mitgliedern. Die Frau ist nicht nur Arbeiterin, sondern auch Hausfrau und Mutter, bei ihr beginnt nach Verlassen des Betriebes die Arbeit wieder von neuem, oft bis spät in die Nacht hinein. Sie hat viel weniger Zeit, sich um Politik zu bekümmern, wie der Mann, sie kommt viel weniger zum Zeitungslesen wie dieser. Alles Dinge, die eine Aufklärung unendlich erschweren.

Der Bezirk II sucht seit einigen Jahren nach Mitteln und Wegen, diese Dinge für die Organisation zu meistern. Vor zwei Jahre hat eine Frauenkonferenz für den ganzen Bezirk stattgefunden. Da diese konferenzen den Erfolg haben, den man sich von ihnen versprach, mag heute unerörtert bleiben. Neben den Konferenzen wurde der Versuch unternommen, eigene Veranstaltungen für die weiblichen Mitglieder der Organisation, vornehmlich in den größeren Zahlstellen, zu unternehmen. Diese Veranstaltungen, die neben einem ernsten, der Erziehung der Mitglieder gewidmeten Teil auch eine gemütliche Unterhaltung bieten, sind bisher von einem nicht erwarteten Erfolg begleitet gewesen. Zu solchen Veranstaltungen in Stuttgart, Korntwestheim, Tuttlingen und Schwenningen waren von den Kolleginnen auch männerweise gut besucht. Der Frauentag in Tuttlingen übertraf aber alle Erwartungen.

Die Verwaltung in Tuttlingen hat in Verbindung mit der Bezirksleitung am Samstag, 14. April, in der Turnhalle — dem größten Saal von Tuttlingen — denselben arrangiert. Die Zahlstelle zählt 750 weibliche Mitglieder, die nicht nur in Tuttlingen, sondern ziemlich verstreut in den umliegenden Orten wohnen. Von diesen 750 Mitgliedern waren 650 anwesend. Das war ein Erfolg, wie ihn sich niemand dachte. Zeit bestehen der Zahlstelle waren die weiblichen Mitglieder zu einer Veranstaltung noch nie in solch großer Zahl erschienen. Der Beruf dürfte ein Beweis sein, daß es möglich ist, an die Kolleginnen heranzukommen, wenn man, wie der Vorsitzende Genosse richtig sagte, auf die besonderen Lage der Frauen und ihre Interessen Rücksicht nimmt.

Die Verwaltung hatte sich bemüht, dem Tag einen Rahmen zu geben der ihr auch gelungen ist. Neben dem gemischten Chor der Arbeiter-Sänger wirkte der Frauenabteilung der Turnverein in Trachtentänzen und Reigen mit und trug zur Verschönerung der Veranstaltung bei. Als Redner waren die Kollegin Anna Krauter «Vorsitzende» und der Bezirkssekretär Mittnacht gewonnen. Anna Krauter sprach über „Frauenschutz und Gewerkschaften", mit reichem Material versehen. Die immer stärkere Verwendung von chemischen Stoffen mit ihren Giften in der Schuhindustrie bringt immer größere Gefahren für die Gesundheit der Frauen, deren Körper hierfür empfänglicher ist als der der Männer. Die Intensivierung der Arbeit bringt eine stark gesteigerte Anforderung der weiblichen Arbeitskraft, so daß für die Frauen das Streben der Gewerkschaften nach Arbeiterschutz, Verkürzung der Arbeitszeit usw. eine mindestens ebenso große, wenn nicht größere Bedeutung hat, als für

die Männer. Der starke Appell der Rednerin an die Arbeiterinnen, Frauen zu Frauen mit den Männern für eine bessere Gesellschaftsordnung zu kämpfen, kann stürmischen Beifall. Kollege Wittmann schilderte die Bedeutung der Frau im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, für eine gesellschaftliche Geltung. Auch seine Ausführungen fanden reichen Beifall.

Die Zweiundzwanziger Zahlstelle hatte zirka 40 Kolleginnen unter der Führung der Ortsverwaltung entlandt, um so ihre Solidarität und Verbundenheit mit den Textilarbeitern zu bekunden.

Durch die Veranstaltung ist der Beweis erbracht, daß die Zahlstelle Zuttlingen über einen Stamm treuer weiblicher Mitglieder verfügt. Möge der Geist, ein Ansporn sein, die wenigen noch fernstehenden Arbeiterinnen dem Verbande zuzuführen und fernerhin das Verbandsleben besser zu gestalten.

M.

Bezirkskonferenz

Bezirk III, Offenbach, abgehalten am 22. April

Kollege Schuft, 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Offenbach a. M., begrüßte die Teilnehmer aufs herzlichste. Er hob hervor, daß Offenbach ein bisheriger Boden für die Arbeiterbewegung ist. Dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878, durch welches die Arbeiterorganisationen aufgelöst wurden, fiel auch die Offenbacher Organisation zum Opfer. Aber schon im Jahre 1883, am 9. September, wurde in einer öffentlichen Schuhmacherversammlung ein Aufgebotein der Schuhmacher gegründet, dem auch gleich 18 Kollegen beitraten. Am Jahre 1885 auf dem gründungsfonatech in Gotha waren die Offenbacher Kollegen durch zwei Kollegen Johann Aleck, welcher noch heute als Mitglied unter uns weilt, vertreten. Von da ging es ständig aufwärts. Unter den schwierigsten wechselvollen Kämpfen wurde in Offenbach in den Jahren 1897/98 eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden erzielt. Die Mitglieder, von den Nachtreisejahren auf über 2000 stieg, ist durch Zusammenschluß verschiedener Betriebe auf annähernd 3000 zurückgegangen. In Offenbach-Stadt sind nur zirka über 6000 Erwerbstätige, darunter 1500 Schuhmacher.

Zum Geschäftsbericht, welcher den Teilnehmern und den Kollegen zugestellt gewesen war, streifte Bezirksleiter Kollege Kuhn noch einmal die Arbeit, welche im Jahre 1926 geleistet wurde, die nach kurzer Belebung der Konjunktur sich wiederbelebte und jetzt noch nicht überwunden ist. Er ist der Meinung, daß an dem Erliegen vieler Betriebe, nicht nur solcher, welche sich durch die Inflation erhalten konnten, sondern auch einer stimmen, nur die unglücklichen Leitungen derselben verantwortlich zu machen sind. Wenn Betriebsbesitzer (ein neuer Titel) ihre Hauptaufgabe nur darin erblicken, dem Betriebsrat in seiner Besitzung Schwierigkeiten zu bereiten, und glauben, durch Niedrighalten der Löhne ihre Existenz halten zu können, so ist das jedenfalls eine falsche Auffassung, welche nur Unzufriedenheit der Arbeiterschaft auslöst. Wenn die betreffenden Herren ihre Zeit dazu verwenden würden, den Betrieb rationalisierungsmäßig auszubauen, so würden sie für den Betrieb und damit auch für die Arbeiterschaft klare und bessere Verhältnisse eintreten. Auf unsere Lohnforderung, welche Ende 1926 gestellt war, die von den Unternehmern abgelehnt wurde, folgte der Kampf und dieser wurde gerade in unserem Bezirk mit aller Schärfe durchgefochten. Die nachsten Forderungen sowie der Abschluß des Reichstarifvertrags konnten dann in freier Vereinbarung erledigt werden, was jedenfalls als ein Erfolg unserer Kampfmaßnahmen bezeichnet werden konnte. Mit Genugtuung stellte Kollege Kuhn fest, daß der Tarifabende bei den Innungsmeistern wie auch bei der Mitgliedschaft Eingang gefunden hat und in dieser Beziehung Fortschritte zu verzeichnen sind. Die durchgeführten Maßregeln bei der Preisprüfungskommission, welche mit einzelnen Innungsmeistern unserer Kollegen endeten, brachten auf der einen Seite das Recht, welches im Tarif verankert ist, und auf der anderen Seite weitere Vorteile sowie Nachzahlungen für die betreffenden Kollegen. Tausende von Mark sind auf diese Weise den Kollegen zugekommen. Durch eine falsche Auslegung des Reichstarifvertrags hatte es eine Firma in der Hand, Schmutzzulage verdienen zu können, um 3000 Mark zu schädigen. Durch Klage an der Bezirkstarifkommission konnten wir den Erfolg für uns buchen, daß die Kolleginnen in ihrem Recht blieben und ihr bisheriges Verdienen nachbezahlt wurde. Im Jahre 1926 mußten an der Bezirkstarifkommission 13 Klagen durchgeführt werden, davon waren 26 von positivem Erfolg, 4 erfolglos und 3 endeten durch Vergleich. 1927 standen 25 Klage zur Verhandlung, von diesen hatten 19 vollen Erfolg. Nicht eine einzige Klage konnte von seiten der Arbeitgeber abgemacht werden wegen Tarifbruchs der Arbeiter. Das ist ein Beweis, wie gut seitens der Arbeiter deren Organisationen der Tarifvertrag eingehalten und auf Unternehmerseite dagegen verstoßen wird.

Leider werden noch sehr viele Fälle nicht mitgeteilt, weil der einzelne Arbeiter nicht weiß, wieviel Unrecht ihm geschieht. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn die Kollegen sich mit dem Tarifvertrag vollständig vertraut machen. Dieser Kollege und jede Kollegin sollte im Besitz eines Reichstarifvertrages sein. Jede einzelnen behandelte Kollege Kuhn den Ueberstundenantrag. Dieser bedauerlicherweise notwendig muß. Er führte unter anderem einen Fall an, wo mit Hilfe der Polizei der Betrieb abends um 9 Uhr, also nach fünf Ueberstunden, geräumt werden mußte. Wiederholte Anregungen und Bitten konnte die Herren noch nicht heilen. An unseren Kollegen liegt es, dem § 2 des Reichstarifvertrags die richtige Auslegung zu geben und Ueberstunden, wenn sie sich nicht mit dem Tarif vereinbaren, die Zustimmung zu jedesmal zu verweigern. Das soll nicht heißen, daß alle unsere Wünsche erfüllt werden können; es kann aber Anlaß werden, daß gegenüber dem alten Vertrag einige Verbesserungen erzielt werden. Besonders ist der § 2, welcher die Ueberstunden regelt, zu beachten, auch im § 9 ist eine wesentliche Aenderung zu verzeichnen. Von Bedeutung ist noch die Besserung der Lohnsätze für die Jugendlichen bis zu 16 Jahren. Die Tarifkommission, welche von unserer Seite aus beseitigt werden sollte, wurde weder mit im Tarifvertrag aufgenommen werden. Eine Veränderung innerhalb unseres Bezirks ist insofern eingetreten, daß der neue Vorsitzende der Bezirkstarifkommission jetzt Herr Landarbeitssekretär Fr. Metz in Arbeitssachen in Frankfurt a. M. ist. In der Diskussion über den Reichstarifvertrag und über den Abschluß desselben konnte allgemeine Zustimmung festgestellt werden. Eine Ausnahme machte die Ortsgruppe Mitten, von welcher eine Resolution vorlag, die setzen aus der „Neuen Zadne" übernommen war, wonach diesem „Zahndertrag" keine Zustimmung zu geben sei. Nachdem Kollege Kuhn schilderte, unter welchen Umständen in der „Hotzheimischen Reklamantung" (12 bis 15 Kollegen) diese Resolution angenommen worden war, ging man zur Tagesordnung über.

Zu den vorliegenden Anträgen zur Invalidenunterstützung und sonstigen Unterstützungen, welche vom Kollegen Schulz behandelt wurden, waren redenteilige Meinungen nur in der Form zum Ausdruck gekommen, daß die Beitragsangelegenheiten eine Aenderung erhalten sollen, wonach den alten Kollegen, welche nur Zeit auf Grund ihres Alters aus dem Produktionsprozeß ferngehalten werden, die Unterstützung gesichert wird. Die Abstimmung erfand, daß die Konferenz im Prinzip für Einführung der Invalidenunterstützung sei.

Zum Schluß führte Kollege Kuhn noch an, daß für die Gebilden im Schuhmachergewerbe in den Orten Kassel, Darmstadt, Gießen und Frankfurt a. M. Lohnbewegungen eingeleitet worden, mit Ausnahme von Gießen, wo den Schlichtungsausschüssen, Kollege Paulig (Offenbach) interessante Ausführungen.

Zum Beirat wurde Kollege Brühne (Offenbach a. M.), als Ersatzmann Kollege Arden (Kassel) einstimmig gewählt.

Als Revisionsvorstandsmitglieder wurden die Kollegin Reuter, Kollege Kohler aus Frankfurt a. M. und die Kollegen Walther und Jung aus Offenbach a. M. gewählt.

Mit einem anfeuernden Schlußwort wurde die gutverlaufene Konferenz 17½ Uhr vom Kollegen Kuhn geschlossen.

J.

Bezirkskonferenz Bezirk V

Nach einer Begrüßungsansprache des Kollegen Zowdert wurde die Konferenz eröffnet. Nach Wahl des Bureaus und der Mandatprüfungskommission gab der Bezirkssekretär, Kollege Zowdert, seinen Tätigkeitsbericht, den er, da die Teilnehmer denselben schriftlich zugestellt erhalten hatte, als Ergänzung kurz fassen konnte. Kollege Zowdert sing dann, der in der Vergangenheit geleisteten Arbeit zugleich Anerkennung zu bringen, von welcher Grundeinstellung aus in der Zukunft gearbeitet werden soll, auf die grundsätzliche Einstellung der Gewerkschaften ein und verbreitete ferner, an Hand von zum Teilerlesen zusammengemachten Material, die Teilnehmer mit den Methoden vertraut zu machen, welche den Gewerkschaften die Richtlinien ihres Handelns vorzeichnen. Er führte aus: Die grundsätzliche Einstellung der Gewerkschaften ist heute nicht mehr umstritten. Umstritten sind nur die Methoden, welche im Tageskampf angewandt werden, und umstritten ist das Tempo des Kampfes. Jeder Gewerkschaftsfekretär weiß heute, daß bei allem ernsten Streben, das Ziel, die Beteiligung der Ausdehnung des Menschen durch den Menschen" zu erreichen, die Tagesaufgaben nicht vernachlässigt werden dürfen. Das Erlebnis des Tagekampfes endet aber immer nur im Teilerfolg zum vollen Ziele hin. Je mehr es den Gewerkschaften gelingt, den Lebensstandard der Arbeiterschaft zu heben, desto mehr werden auch in der Arbeiterschaft die Kräfte freigemacht, welche die kompliziertesten sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge richtig erfassen und eine wachsende Anteilnahme an der Wirtschaftsführung und das ist heute notwendige liegende Prinzip garantieren. Die von den Gewerkschaften geforderte „Demokratisierung der Wirtschaft" darf nun aber nicht als bloßes Schlagwort aufgefaßt werden. Man muß sich bewußt sein, daß die Forderung nach mehr Macht die Verantwortung zu übernehmen. Den Ausgen um Macht erweiterung muß notwendig der Ernst und die Fähigkeit innewohnen, die im Kampf errungene Macht auch richtig auszunutzen und auszuwerten. Das Studium sicher historischen Revolutionen lehre, daß die der unterdrückten Klasse anerkannten Fesseln von innen heraus gesprengt wurden. Mit die Anerkennung der revolutionären Klasse durch gesetzliche Schranken einzeengt waren und weil diese Fähigkeiten nach Ausanwendung, nach Betätigungsfreiheit verlangten, deshalb mußte die Revolution erfolgreich sein. Die virtuose, welche das Tempo des gewerkschaftlichen Kampfes bemäßigen, sollten sich darüber klar sein, daß es zweitlos ist, einzig nach Machterweiterung zu streben, wenn dieser Machterweiterung, gelegt den Fall, daß sie gelingen würde, die Bewegung dann tattoo geschwächt.

Die richtige diese Aufassung ist, erachten wir, da, die mit dem Betriebsrätegesetz gemachten Erfahrungen, Zeigt dieses allgemein als mangelhaft empfundene Gesetz das nicht in allen Fällen die erwünschte Auswertung gefunden. Bei richtiger Auswertung wäre es auch schon heute für den Betriebsrat denkbar, sich gemeinsame in der Betriebsorganisation, in der Aufklärung und in vielen anderen Dingen anzueignen. Auch mit der Delegation eines Betriebsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat eines ist nicht erreicht. Fehlen ihm die Fachkenntnis, die Bilanz, den Geldmarkt, die Absatzbedingungen und den Organisationsstand des Betriebes zu beurteilen, dann wird seine Delegation als bloße Staffage.

Wir sehen also, daß das Bildungsproblem im derzeitigen Stadium in einem der brennendsten Probleme, wird. Seine sachliche Lösung schafft für das Vorwärtsschreiten neue und ähnliche Notwendigkeiten. Wie hier die Dinge liegen, so liegen sie auch auf anderen einzelnen Gebieten. Manche Arbeit wurde unterbleiben, wenn sich unsere Funktionäre mehr dem Studium der Arbeitsmarktlage widmen würden. Von der richtigen Beobachtung und Beurteilung der Arbeitsmarktlage hängen absolut die Wahl der taktischen Mittel, des günstigsten Zeitpunktes für einen Kampf; die Vermeidung von Nachteilen, die Erringung des denkbar größten Erfolges mit den kleinsten Opfern und verschiedenes andere mehr. Redner demonstriert an Hand von statistischem Material, wie man in solchen Erkenntnissen gelangt.

Mit der Aufforderung an die Teilnehmer, jede Gelegenheit zur Fort- und Weiterbildung zu nützen, um so den uns von der Gegenwart am unserer Zukunft wollen gestellten Aufgaben gewachsen zu sein, schloß der Redner.

Hierauf sah Kollege Wehner den Tätigkeitsbericht des Beirats, der sich im Laufe der Berichtsperiode zweimal mit der Erneuerung des Reichstarifs, viermal mit der Verlängerung des Zusatzvertrags, mit der Beurteilung des Organisationsstandes, mit der Einführung der Invalidenunterstützung und anderen wichtigen Fragen zu befassen hatte. Es habe der Beirat vor schweren Entschlüssen gestanden und im vollen Verantwortungsbewußtsein Entscheidungen treffen müssen, die tief in das Organisationsleben eingegriffen hätten. Erinnert sei nur an die Unternehmeranarchie Ende 1926. Der Beirat glaube aber, in jeder Situation das für die Bewegung Notwendige und Richtige getan zu haben.

In der sich hierauf anschließenden Diskussion, an der sich die Kollegen Dunker, Teichler, Brünig und Westermann beteiligten, wurde die vom Beirat geleistete Arbeit anerkannt.

Kollege Fischer (Nürnberg) überbrachte die Grüße des Hauptvorstands, und sprach zu den in den Referaten und in der Diskussion behandelten Problemen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die gegenwärtige Einführung der Invalidenunterstützung und deren kassentechnischen Aufbau in klarer und einfachster Weise, Aufgabe des Beirats der Mandatsprüfungskommission eines sich sowie Anwesenden waren 26, darunter fünf Frauen, davon ein Hauptvorstands- und fünf Bezirksleitungsmitglieder.

Bei der Beratung der Anträge kam als einmütige Auffassung zum Ausdruck, die Beitragsleistung auf den tatsächlichen Stundenverdienst abzustellen, da das jetzige System etwas Härten in sich berge. Der Einführung der Invalidenunterstützung wurde mit großer Mehrheit zugestimmt, die Anträge des Vorstandes zum Statut wurden angenommen.

Hierauf erfolgte die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Wehner zum Beirat; ebenso einstimmig die Wahl des Kollegen Westermann zum Ersatzmann. In die Revisionskommission wurden gewählt die Kollegen Fischer, Hermann, Schulte und Wenzel. Mit anfeuernden Worten zu reger Mitarbeit in der Organisation und einem dreifachen begeisterten Hochruf auf den Verband wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz des Bezirks VIII

Am 14. und 15. April fand im „Volkspark" in Haye die Bezirkskonferenz statt. Anwesend waren 63 Kolleginnen, darunter fünf Frauen. Vom Zentralvorstand war Kollege Simon erschienen.

Der Geschäftsbericht der Bezirkskonferenz ist den Zahlstellen bekannt zugekommen und wurde deshalb von Kollege Kümer erstattet.

Im Jahre 1926 trat die Wirtschaftskrise akzentuier dem Jahre 1925 noch weit stärker in Erscheinung. Die Schuhindustrie hatte besonders stark darunter zu leiden, so daß im Januar 1926 32,7 Prozent der Mitglieder arbeitslos und 16,9 Prozent Kurzarbeiter waren. Die Zahl der Beschäftigten ging im allgemeinen zurück. Besonders stark wurden Erfurt und Weimarisch betroffen. Erst in der Mitte des Jahres entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie nach aufwärts. Auch im Jahre 1927 hielt die Beschäftigung in recht unter Weise, so daß in verschiedenen Betrieben mit Ueberstunden gearbeitet wurde. Wenn im Beirat die allgemeine Beschäftigung auf war so machten sich bereits Anfang September 1927 Zeichen einer etwas abklingenden konjunktur bemerkbar, indem in einigen Betrieben zur Kurzarbeit gekehrten und auch Entlassungen ausgesprochen wurden. Die Arbeiterschaft macht weitere Fortschritte und ist in Erfurt in sechs Betrieben einschließt. In Pirna ist die Firma Tack auch zum Teil dazu übergegangen; ob weitere Betriebe das tausende Band einführen, wird sich bald entscheiden. Die Gesamtbewegung im Besitz ist eine gute zu nennen, dieses ist auf das Bestehen des Reichstarifvertrags und auf ein straffes Vertrauensmännersystem zurückzuführen.

Gegen den Bericht wenden sich die Kollegen Bohlrack und Weckel (Erfurt) und verlangen, daß für die Zukunft mehr getan wird.

Kollege Simon sprach über den Reichstarifvertrag. Redner behandelte die Frage, ob und wie die Gewerkschaften Zarife abschließen sollen. Dabei ging er auf die Entwicklung der Tarifverträge ein. Schon 1892 tauchte in unserer Organisation der Gedanke des Tarifvertrags auf, es scheiterte aber an der Haltung der Fabrikanten. Erst 1912 erlang es einen Tarifvertrag für Maschinenschuhe abzuschließen und dadurch den Tarifabschluß weiterzuführen. Die Abkommen brachten auf vier Lohn und Arbeitsverhältnis. Viele Mängel wurden dadurch beseitigt. Trotz alledem sind es noch zu wenig. Auch der letzte Abschluß beseitigt uns nicht ganz trotz verschiedener einzelnerlei Verbesserungen. Wenn wir unsere Forderungen nicht ganz durchbringen konnten, so hat es an der bereits schon wieder beschenden Kurzarbeit. Unsere Aufgabe muß es sein, den Verband zu stärken, nur dann wird es uns gelingen, das gesteckte Ziel zu erreichen. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Zieseler, Schüssler, Lehmann und Volkrodt.

Zu den Beirat wurden gewählt: Kollege Thomas mit 37 Stimmen und Rockstroh (Maadeburg) mit 31 Stimmen, als Ersatzmänner steinkämpf (Mühlhausen) mit 39 Stimmen und Kruger (Maadeburg) mit 32 Stimmen. Die Revisionsverwaltung bilden Klein, Jahn, Oßwald und Crnst aus Erfurt. Als Bezirksleiter werden dem Zentralvorstand in Vorschlag gebracht: Schüssler (Weißenfels) und Lorenz (Zittau).

Die Mandate der Konferenz für Einführung des Invalidenunterstützung. Ein Antrag auf Herausgabe einer monatlichen Anzeigenzeitung findet Annahme. Verschiedene des Zurückliegenden Geschäftsberichtes, wurde abgelehnt, Einige Anträge zum Statut wurden angenommen.

Kollege Kümer dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen während seiner Tätigkeit im Besitz und wünscht der Organisation für die Zukunft einen vollen Erfolg. Kollege Zieseler dankt dem scheidenden Kollegen Kümer für seine langjährige Tätigkeit und wünscht ihm noch einen recht frohen Lebensabend.

F. A.

Wochen-Rundschau

Lohmann aus dem Marinedienst ausgeschieden.

Kapitän Lohmann, der dem Reiche durch seine zweifelhaften Geschäfte (Phöbus Angelegenheit) einen Schaden von 26 Millionen Mark zugefügt hat, ist mit dem 31. März aus dem Marinedienst ausgeschieden. Es dürfte sehr interessant sein zu erfahren, ob mit oder ohne Pension.

Die Kommunistische Partei tritt infolge der bekannten Zerwürfnisse zersplittert in zwei Gruppen in den Wahlkampf ein. An den Osterfeiertagen haben die sogenannten linken Kommunisten in Berlin einen Kongreß abgehalten, auf dem die Gründung einer neuen kommunistischen Partei unter der Firma „Leninbund" beschlossen wurde. Man will überall dort, wo eine genügende organisatorische Grundlage vorhanden ist, eigene Kandidaten für die Wahlen zum Reichstag, zu den Landtagen und den Gemeindevertretungen aufstellen.

Die Parteizersplitterung.
Nicht weniger als 16 Parteigruppen!

Der Reichsminister des Innern hat jetzt die Landesregierungen ersucht, alle Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten. Er hat hierzu allgemeine Richtlinien herausgegeben. Für die Reichstagsneuwahl sind bisher

Kolleginnen und Kollegen!

Die Arbeiter sind immer die Unterlegenen, wenn der Macht des Unternehmertums nicht eine organisierte Macht der Arbeiter gegenüber gestellt wird.

Eine wirkliche Macht stellen wir aber erst dar, wenn in einem Betrieb alle ohne Ausnahme dem Verbande angehören.

Es gibt noch Unorganisierte genug, die herangeholt werden müssen. Wir haben sie um uns herum, täglich auf der Arbeitsstelle, auf dem Arbeitswege, in der Nachbarschaft, in Gesellschaft.

Für Erstrebung unserer Ziele brauchen wir alle, die dem Verbande noch ferne stehen; denn die noch absolts Stehenden lähmen die Stoßkraft der Organisation.

Jeder einzelne muß mithelfen, sie dem Verbande zuzuführen, dann kommen wir dem Ziele bald näher. Am nächsten liegt die Werbung im Betrieb. Reicht diese nicht aus, dann muß zur Hausagitation geschritten werden.

Überall rührt man sich; in anderen Berufen dauert der Mitgliederaufstieg der Verbände ständig an.

Auch wir müssen nun über die 80 000 Mitglieder hinauskommen.

Die Angriffe des Unternehmertums auf die einmal erreichten Positionen der Arbeiter müssen endlich paralysiert werden. Die Arbeiterschaft muß den Blick weiter nach vorwärts richten können.

Die Achtung und Beachtung der Arbeiter steigt, je stärker sie sich organisieren.

Die kleineren täglichen Arbeitskonflikte im Betrieb sind leichter auszutragen beim Vorhandensein einer starken Organisation!

Wo die Organisation gut ist, da tauchen Konfliktfälle schon nicht so zahlreich auf, denn der Gegner weiß, die Arbeiter wehren sich.

Bei gefestigter Arbeiterorganisation gehören Tarifverstöße der Unternehmer zu den Seltenheiten. Den Arbeitern ist auch eher eine anständige Behandlung als Mensch gesichert.

Im großen, öffentlichen Leben ist der Stärkegrad, den die Gewerkschaftsbewegung aufzuweisen hat, entscheidend für jenen Einfluß, den die Arbeiterklasse so bitter notwendig hat.

Willensstark und einig muß die Arbeiterbewegung aufmarschieren können! Denn die soziale Frage, die Lohnfrage wird immer eine Machtfrage sein.

Kolleginnen und Kollegen, die ihr in Groß- oder Kleinbetrieben, in Fabriken oder handwerksmäßigen Werkstätten tätig seid, setzt nun dem Trommelfeuer menschlicher Beredsamkeit ein. Hämmert euren Nebenarbeitern und Mitarbeitern tagtäglich die Notwendigkeit der Organisation ins Gehirn!

Agitation muß zu einem Nebenberufe jedes Arbeiters werden. Jedes Verbandsmitglied muß stets einen Aufnahmeschein bereit haben, für den Fall, daß es in die Nähe eines Unorganisierten kommt.

Das Feld ist außerordentlich groß und weitreichend. Machen wir uns alle ohne Unterschied sofort an die Werbearbeit. Das Interesse der Arbeiterschaft verlangt es.

An die Unorganisierten heran!
Das muß für die nächsten Wochen die Parole sein.

★

Glänzender Aufstieg des ADGB. im Jahre 1927

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände hatten am Jahresschluß 1927 nach den vorläufigen vierteljährlichen Erhebungen

4,385,061 Mitglieder

gegen 4,291,825 Ende September. Während des Berichtsjahres hat ein ununterbrochener Aufstieg der Mitgliederzahlen stattgefunden. Der Zuwachs an Mitgliedern gegen Ende des Vorjahres beläuft sich auf

451,130 gleich 11,5 Prozent.

16 Wahlvorschläge eingereicht und vom Reichswahlleiter zugelassen worden. Die Kennworte und wird wie folgt vorgenommen werden: 1 Legitimationskarten, 2 Deutschnationale Volkspartei, 3 Zentrum, 4 Deutsche Volkspartei, 5 Demokraten, 6 Kommunisten, 7 Wirtschaftl. Volkspartei, 8 Linke Kommunisten, 9 Reichspartei für den Mittelstand, 10 Nationalsozialisten, 11 Deutsche Bauernpartei, 12 Politische Arbeitsgemeinschaft „Völkisches Block", 13 Deutsch-Hannoveraner, 14 Landbund, 15 Christlich-nationale Bauernpartei, 16 Volksrechtspartei.

Warnung vor „Zeitungen mit Abonnentenversicherung. Die „Bayerische Volkswacht" brachte kürzlich folgende bedeutsame Notiz: „In Jahre war ein hiesiger Maschinenarbeiter Abonnent von „Berliner Gerichtszeitung", nicht wegen des Inhalts, sondern weil am Kopf steht: „Hohe Volksversicherung gegen Tod und Unfall bei Hinscheiden eines Abonnenten." Willig zahlte er durch die Jahre seine 2 ℳ monatlich. Und jetzt? Jetzt ist die Zeitung einem neuen Verlag unterstellt und verschwunden nach dem alle über 60 Jahre alten bisherigen Abonnenten von der Versicherung ausgeschlossen sind. Das ganze Geld ist umsonst bezahlt. So wird es hoffen einmal auch denen gehen, die sich heute auf eine solche Zeitungsversicherung einlassen. Der Fall mag sehr vielen zur Warnung dienen."

Aus Beruf und Industrie

Beilegung des Konfliktes in der dänischen Schuhindustrie.

In der dänischen Schuhindustrie gelang es im letzten Augenblick die Aussperrung zu verhüten. Am 1. Februar war der Schiedsspruch von der Schuharbeiterin abgelehnt worden. Am 10. Februar fanden neue Verhandlungen zwischen den Fabrikanten und den Vertretern des Verbandes statt und es kam eine Einigung auf folgender Basis zustande:

Die Arbeitszeit beträgt 97½ Prozent, während der Lebenshaltungsindex nur um 3 Prozent erhöhen ist. Von dieser Lohnreduktion werden jedoch nicht betroffen: Arbeiter mit einem Stundenlohn von 1,15 Kronen und Arbeiterinnen mit 0,90 Kronen Stundenlohn. Ebenso sind gewisse Akkordarbeiter mit niedrigen Sätzen ausgenommen. Der Lohnabzug wurde auf diese Grundlage auf ein Jahr — bis zum 1. Februar 1929 — verlängert.

Verbandstage im Jahre 1928.

Dänemark. Der Dänische Schuhmacherverband hält seinen 19. ordentlichen Verbandstag in Kopenhagen vom 16.—19. Juli ab.

Schweiz. Der 3. Verbandstag der Bekleidungs- und Lederarbeiter findet am 15. und 16. Juni in Olten statt.

Sitzung des Zentralkomitees der Lederindustriearbeiter.

Im Anschluß an den Verbandstag der Deutschen Schuhmacher findet in Köln am 1. und 2. Juli die diesjährige Sitzung des Internationalen Zentralkomitees statt.

Neueste Erfindungen aus der Schuhmacherbranche

Mitgeteilt vom Patentbureau Ing. Richter & Co. G. m. b. H., Leipzig, Hainstraße 14.

Erteilte Patente:

155,301. Richter & Co., Schuhfabriken, Zuttinahen: Metallener Zwischenlag an Absatzeisen und ähnlichem Schuhwerk. — 155,942. Karl Lehmann, Plauen: Perlenumhäkelung. — 155,580. Atlas Werke Pöthke & Co., Leipzig-Lindenau: Vorrichtung zur Herstellung von Absätzen. — 156,009. Jean Hoffmann, Leipzig-Gohlis, Schönbachstraße 16: Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von Absätzen. — 156,041. Schwelmer Metallwaren- und Maschinenfabrik A. G. v. D. Beyle, Schwelm i. W.: Arbeitsmaschine für Bommumer. — 156,041. Karl Wilhelm Voß, Braunschweig, und Wilhelm Ehlert, Helmstedt: Schleifvorrichtung für Leistenzwischenlagen und Absätze usw. Maschinenkopie. — 156,176. Bruno Lemtrot, Wiesbaden, Nerostraße 12: Zeichenhalter. — 156,200. Jean Heydenreich, Leipzig-Gohlis, Schönbachstraße 19: Gummiabsatzschutz ohne Hackeneisen. — 156,620. Max Brauner, Zwickau A., Gerberstraße 10: Trageleisten mit endlosen Reihen zur Aufnahme einer Anzahl von Einzel-Schuhstiefeln. — 156,682. Maschinenfabrik Moenus A.-G., Frankfurt a. M.: Preßstempelunterlage für Klebepressen. — Zeichenmittel und Zeichenvorrichtungen. — 156,317. Otto Zywitz, geb. Treppenbauer, Dresden A., Altenzellerstraße 34: Vorrichtung zum Auftragen von Lederlacken. — 156,786. Johannes Bialas, Hannover, Hildesheimer Straße 205: Zauberer für Schuhverkäufer. — 157,119. Alexander Gräfner & Sohn, Zittau, Bism. (Bez. Zittau): Schuhgelenkstange. — 157,150. August Herbert, Dresden N., Hammerstr. 11: Stiftmaschine besitzer, pneumatischer Schuhdrücker. — 157,253. Gustav G. Tippmann, Leipzig-Reudnitz, Talmistraße 3: Verbänderbares Werkzeug zur Ausbesserung und Herstellung von Schuhwerk durch Kleben. — 157,346. Jung & Lechler, Stuttgart, Friedrichstraße 4: Verfahren zur Herstellung von Absatzschuhwerk. — 157,398. Jaroslav Benda, Prag 4 (Tschechoslowakische Republik): Brandsohle oder Mandelsohle für Schuhwerk. — 157,717. Gustav Brumshagen, Duisdorf (Rheinland), Bachstraße 11: Brandsohlenmaschine für Schuhwerk. — 157,419. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston (V. St. A.): Maschine zum schrittweisen Vorwärtsbewegen von Schuhwerk. — 157,500. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston (V. St. A.): Verfahren zur Behandlung von Sohlen vor ihrer Verbindung. — 157,548. Henry Widmer, Zürich: Einrichtung zum Zwang von Schuhbandschlaufen gegen Abnutzung. — 158,178. Maschinenfabrik Moenus A.-G., Frankfurt a. M.: Ueberholmmaschine. — 158,124. Maschinenwerke in Frankfurt a. M., vorm. Rudolf Meyer & Co., m. b. H., Frankfurt a. M.: Klammerbefestigungsmaschine. — 158,300. Leopold Brandt, Berlin-Wilmersdorf, Hanauer Str. 79: Zierwerk. — 158,61. Gustav Heinrich von der Recht, Bielefeld b. Stade: Zimmer- und Turnparadeschuhwerk, bestehend aus Schuhen in Lederausführung, verbunden mit Turnschuhen. — 158,568. Gustav Röpke, Berlin-Reinickendorf, Annastraße 66: Taschenschuh. — 158,471. Zentralmaschinen-Gesellschaft Haase & Co. m. b. H., Berlin-Weißensee: Klappenabsaugmaschine. — 158,852. Albert Temmig, Theodor Landvogt, Hochstraße 1: Am Vorderteil des Pferdehufs oder Pferdefußes lösbar verbindbare Schuhleisten. — 158,852. Harold Emerson Clarke, Somerville (V. St. A.): Vorrichtung zum Messen von Füßen. — 158,661. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston (V. St. A.): Maschine zum Aufrichten der Kappspitze von Schuhschäften.

Gebrauchsmuster:

1,016,522. Ernestine Rech, Schuhfabrik A. G., Erfurt-Nord, Johannesstraße 1: Ausschnitt für Schuhwaren. — 1,016,769. Kurt Stoffler, Lindenwalde: Gummiabsatz. — 1,016,521. Ernestine Rech Schuhfabrik A.-G., Erfurt-Nord, Johannesstraße 1: Futter zur Befestigung von Schuhwaren. — 1,017,241. Heinrich Beimann, Troisdorf, Hermannstr. Straße Nr. 11: Kreppsammsohle. — 1,017,138. Valentin Johannes, München, Hindenburgplatz 17: Verbindung zum Einziehen der Schuhbestandteilen zwischen Schuh und Futt. — 1,017,185. Wirth & Co., Pirmasens: Schuhunterlage und Stammschlaufe für Schmidt & Co., Pirmasens: Schuhpanner aus Pappe. — 1,017,819. Nonnin (vor: C. Arowen, Barmen, Kaiserstraße 3: Hinlaufende Kappe, insbesondere für Lederausführungen. — 1,018,175. Arthur Jacoby, Berlin W 15, Kurfürstendamm 221: Sportschuh. — 1,018,176. Wilhelm Jinkenbeh, Kupferdreh, Zonnabtag. — 1,018,249. Barbara Reuß, geb. Reuß, Mainz, Schillerstr. 36: Schuhleisten. — 1,018,343. Firma Philipp Jacob, Hamburg, Brennerstraße 8: Holzabsatz mit elastischem Einsatz für das hintere Quartier. — 1,018,428. Wilhelm Eber, Kunststeinwerk, Kirchtrarre 21: Gummiabsatz mit ausgebrochenen, achteckigen Tastflächen zur Verhinderung des Ausrutschens. — 1,018,731. Wilhelm Paul Weinhart a. D. Lehne, Absatzschuh. — 1,018,771. W. & L. Aeh Schuhfabrik A.-G., Erfurt, Moritzstraße 91/92: Schuhwerk zur Aufnahme von orthopädischen Einlagen. — 1,018,112. Anna Rau, Pforzheim, Bismarckstraße 2: Kautschuk- und ähnliche Absätze mit Gleitschutzeinlage. — 1,019,205. Adolf Fröhlich, Berlin Charlottenburg, Pariserdner Straße 15: Zandale. — 1,019,158. Arno Richter, Wendel, Lippe: Gummiabsatz mit Hafterverbindung. — 1,019,111. Emma Rudolph, geb. Rudolph, Herbertstraße 2, und Hugo Wagmak, Zeppelinstraße 9, Königsberg i. Pr.: Schuhschleif. — 1,018,720. W. & L. Aeh, Schuhfabrik A.-G., Erfurt, Moritzstraße 91/92: Leisten zur Herstellung von Schuhwerk mit orthopädischen Einlagen. — 1,018,722. Hans Hartl, Pirmasens: Vorrichtung zur die Herstellung von tabakmaschinedoppelten Schuhen nach dem Aufbauverfahren. — 1,019,304. Tipt Ana. Hans Richard Friedrich, Pirmasens: Portschuh zum zusammenlegen des Rahtrisses an Schuhleisten. — 1,019,645. Alwin Under, Zwickau, Aschsalaben 9: Plüschschuhwerk mit gegossenen Gummisohlen. — 1,019,711. Theodor Zimon & Co., Berlin SO 16, Köpenicker Str. 71: Reisefchuh. — 1,019,240. Tanzy Räder, Zwickau, Emmind: Reisehalter in Verbindung mit Reisehalter. — 1,019,791. August Herbert, Dresden N., Hammerstraße 11: Gleitschuh besonders Schuhwerk. — 1,020,356. Bruno Zehrfeld, Fischbachmühle, str. Auerbergstr.: Schuh ins Spezialwerke. — 1,020,485. Firma Kurt Baumann, Dresden A. 28, Mitanhilfe 11: Haarreinigerbürste. — 1,020,717. Hanesten & Sie. A.-G., Cannstatt: Schuhwerk. — 1,021,143. Erich Braun, Berlin-Schöneberg, Brunnbildstraße 12: Schuhwerk nach dem Umbinde- und Wiederverfahren. — 1,021,048. Kurt Gehl, Erfurt, Lange Brücke 17: Zunehmendes Pressortermaschine für ein- oder mehrfarbige Zeichnungen mit verschiedener Tiefenlage und nach allen Richtungen beweglichen und verstellbaren aufgebauten Armbolz. — 1,021,167. Willy van Duren, Eschweiler, Bismarckstr. 21: Absatzeisen für Lederschuhe. — 1,021,158. Josef Tornretter, München, Amalienstraße 37: Doppelte Schuhsohle. — 1,021,209. Fritz Brück, Ludwigshafen, Franzosenstr. 1: Zeitungsmappe. — 1,021,096. Gebr. Zeuner, Abendl: Rennschuhnagel. — 1,021,223. Ernst Walter, Essen, Limbecker Straße 115: Schuhschmierband. — 1,021,983. Matt Hölz, Berlin Tempelhof, Ringbahnstraße 20: Schuh. — 1,022,236. Firma Ant. Hans Viehweg, Berlin Lichterfelde, Fabianer Straße 29: Befestigung von Hohlschuhen. — 1,022,300. Philipp Faiber, Odilia Weber: Auswechselbarer Gummiabsatz. — 1,022,615. Schuhfabrik L. & S. Mirschfelder, Elsen: Damenschuh. — 1,022,697. Fritz Wurz, München, Barerstraße 67: Zierleistenverschlußhaken. — 1,022,356. Rudolf Braun, Böhringen b. Stuttgart: Verstellbarer Schuhverschluß. — 1,022,754. Friedrich Hummel, Plane a. d. Havel: Holzpantoffel. — 1,022,759. Gleimpter Stiefelfabrik, Loedinder & Co., Viersing: Schaft für Zimmerstiefel. — 1,022,773. Firma M. J. Kaber, Zwickau, Emmind: Gummiabsatzschutz. — 1,022,573. Karl Zimmerer, Wiesbaden, Zehnstr. 7: Aufsetzkinfüre. — 1,022,931. Gebr. Zimmt, Ind. Stoffrock Kaplan, Berlin N 54, Neue Schönhauser Straße 11: Schuh mit Absatzbandschutz. — 1,023,061. Dr. Arans Zobel, Leipzig C 27, Tenkmalsstraße 109: Schuheinlage. — 1,023,062. Karl Beese, Zittau i. Erzgebirge, Straßerstraße 2: Tasche an Schuhwaren zum Festhalten mittels Reißverschlusses. — 1,023,612. Wilhelm Böhmishahn, Bönne Ruhr: Vorrichtung für die Vorbeugung des Lockens der der Schuhbekleidung. — 1,025,301. Gustav Feistner, Berlin W 113, Uhlenmünder Straße 12: Zandale. — 1,025,284. Firma Emil Rauschenbach, Zschwein i. Bz.: Absatzständer für Schuhmacher. — 1,025,822. Albert Haempl, Meg: Druckeln für Sohlenpresse. — 1,025,834. Bilhy Cordes, Berlin SC 36, Cypeliner Straße 31: Schuhleisten.

Neuen Anmeldung von Erfindungen erteilt das Patentbureau Ing. Richter & Co. G. m. b. H., Leipzig, Hainstraße 14, unseren Abonnenten Rat und Auskunft kostenlos.

Bekanntmachungen des Zentraltarifamts für die Schuhindustrie

Tagesordnung

für die

am Freitag, 1. Mai 1928, vormittags 10 Uhr, im „Meistersaal" zu Berlin W 9, Köthener Straße 38, stattfindende Sitzung des Zentraltarifamts für die Schuhindustrie.

I.

Genehmigung bezw. Berufung gegen die Ortsklassenverzeichnisse.

1. Einreihung von Erfurter und Sulzenbrzer Zandband d. Zahn in das Ortsklassenverzeichnis (Klasse 3). — L.A. 1.28.
2. Einreihung von
   a) Bayreuth-Hilfsloser in Klasse 3,
   b) Kettenbahnen in Klasse 1,
   c) Böhringen L. A. Zuttg a. N. in Klasse 1.
3. Verlegungen von
   a) Mitenkamstadt von Klasse 1 in Klasse 3,
   b) Burokhausen von Klasse 1 in Klasse 3,
   c) Obersniedeedorf von Klasse 3 in Klasse 2,
   d) Leonberg von Klasse 3 in Klasse 2,
   e) Lindenwalde von Klasse 3 in Klasse 2. — L.A. 1.28.

Berufungen:

II.

1. Firma Trampler, Schuhfabrik in Weißenfels a. Z. gegen den Zentralverband der Schuhmacher. (Ist noch weiden der Akten.) — Urteil der BzA. Weißenfels vom 27. Oktober 1927. — II. 18.27.
2. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma H. Jondorf in Breslau. — Urteil der BzA. Breslau vom 28. November 1927. — II. 19.27.
3. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma Zack in Straubeta. — Urteil der BzA. Berlin vom 13. Dezember 1927. — II. 20.27.
4. Firma Feifa A.-G. in Mannheim gegen den Zentralverband der Schuhmacher. — Urteil der BzA. Offenbach vom 30. November 1927. — II. 1.28.
5. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma E. Wolf in Mainz. — Urteil der BzA. Offenbach vom 6. Januar 1928. — II. 2.28.
6. Firma Rieker & Co. in Zuttlingen gegen den Zentralverband der Schuhmacher. — Urteil der BzA. Stuttgart vom 23. Februar 1928. — II. 3.28.

Berlin, den 23. April 1928.

Der Vorsitzende: gez. Dr. Gerstel.

Theoretische Versuche zur Berechnung des Reallohns

Bei den gegenwärtigen Lohnkämpfen spielt die Frage eine große Rolle, ob der Reallohn die Vorkriegshöhe erreicht hat. Die Unternehmer behaupten, daß nicht nur die Höhe des Friedenslohnes erreicht sei, sondern der jetzige Reallohn noch darüber hinausgeht. Aus diesem Grunde wird jede Lohnerhöhung als vollständig unberechtigt hingestellt. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß die Anderberechnungen über die Höhe des Reallohns höchst ungenügend sind und der Reallohn zumindest für gelernte Arbeiter die Friedenshöhe noch keineswegs erreicht hat. Bezüglich der ungelernten Arbeiter ist zuzugeben, daß die mit Hilfe der Gewerkschaften errungenen Lohnerhöhungen ein etwas besseres Verhältnis gebracht haben. In einwandfreien Feststellungen kommt die angesehene Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" (im Heft 7 über „Kaufkraft der gegenwärtigen Löhne: „Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes stieg d. h. der Tarifstundenstatistik für zwölf Berufe ist die durchschnittliche Wochenlohn der gelernten Arbeiter von 33,81 ℳ im Durchschnitt des Jahres 1913 auf 43,93 ℳ im Juli 1926 und 42,2 ℳ im Januar 1928 gestiegen. Der Nominallohn des gelernten Arbeiters stieg also gegenwärtig um 11 v. H. über dem Stande von 1913, während die Lebenshaltungskosten um 50,8 v. H. höher sind. Der Lohn des ungelernten Arbeiters ist dagegen mit 37,43 ℳ pro Woche um 30,1 v. H. höher als 1913. Gegenüber dem Tiefpunkt der Konjunktur im Jahre 1926 ist der Lohn des gelernten Arbeiters um knapp 10 v. H. gestiegen, die Lebenshaltungskosten aber gleichfalls um etwas mehr als 8 v. H. Eine ausgesprochene Erhöhung des Reallohnes, wie sie im Jahre 1914 und 1925 stattgefunden hatte, ist in den letzten zwei Jahren nicht festzustellen. Der Reallohn für gelernte Arbeiter betrug im Januar 1926 etwa 92 v. H. der Friedenslohnes und beträgt gegenwärtig etwa 92½ v. H. Für ungelernte Arbeiter sind die entsprechenden Zahlen 101 und 107 v. H." (Unserer Meinung nach reichen die benutzten statistischen Unterlagen überhaupt nicht aus, um in dieser Frage zu schlüssigen Feststellungen zu kommen.)

Mitteilungen

Ergebnis der Lohnverhandlungen im Schuhmacher-Handwerk.

Zwischen der Arbeitsgemeinschaft Innung Nürnberg und dem Zentralverband der Schuhmacher, Ortsgruppe Nürnberg, kam in der Sitzung der beiden Lohnkommissionen vom 26. April 1928 folgende Lohnvereinbarung zustande:

Die Akkord- und Stundenlöhne werden mit Wirkung vom 30. April 1928 um 6 Prozent erhöht.

Der Mindestlohnsatz beträgt mit Wirkung vom 30. April 1928:

	Klasse I	Klasse II
für Neuarbeiten	94 „	88 „
für Reparaturen	82 „	77 „
für Zwischenzieher	104 „	104 „
für Vorrichter	100 „	100 „
für Gehilfen in Schneidereien		94 „
für Zeppertinnen	76 „	76 „
Die Akkordberechnung beträgt bei Neuarbeiten	94 %	88 %
die Akkordberechnung beträgt bei Reparaturen	82 %	77 %
das Werkzeuggeld beträgt pro Woche	50 „	50 „

Bei Akkordarbeiten hat der Zuschlag von 6 Prozent entweder auf das Einzelpaar oder auf den Gesamtlohn zu erfolgen.

Bruchpfennige sind bis zu einem halben Pfennig nach unten, über einen halben Pfennig nach oben abzurunden. Sondervereinbarungen zwischen Meister und Gehilfen sind tarifwidrig und nichtig. Wir verweisen die Gehilfenschaft auf den Tarifvertrag zu verlangen, wo dieser nicht bezahlt wird, ist dies im Bureau, Jahnstraße 11, Parterre, zu melden, damit Klage erhoben werden kann.

Zahlstelle Nürnberg.

Literatur

Die beste Quelle zur kommunalpolitischen Information ist die „Gemeinde". In der Oeffentlichkeit wird jetzt der Aktualität des Internationalen Städte- und Gemeindeverbandes, der vom 5. bis 9. Oktober 1928 in Zwickau stattfindet, besprochen. Die „Gemeinde" Nr. 8 ist in der Tat, wie auf der Hand des Probeheftes dieses Verbandes einen Artikel zu veröffentlichen.

Die „Gemeinde" erscheint täglich beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, und kostet monatlich 0,80 Mark. Bestellung durch die Post oder direkt durch den Verlag.

Erfolgreiche Behandlung der Zeit- und Plattfüße. — Preis 25 Pfg. Verlag Max Pfanne, Zahnpraxiskurier, Berlin NO 55. — Das Zutreffen behandelt die Entstehung der Zahleiden. Es führt zudem Reklame für ein Heilmittel „Original Pfanne Fußkraft".

Theorie und Praxis der Bildungsarbeit. Das soeben erschienene Aprilheft der Zeitschrift „Arbeiterbildung" enthält in seiner Beilage „Arbeiterbildung" eine Fülle von Beiträgen zur Theorie und Praxis der Bildungsarbeit.

Die „Bücherwarte" mit Beilage „Arbeiterbildung" ist zum Preise von 1,50 ℳ für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen.

Dr. med. Friedrich Böger, **Tauerheilung der Herzkrankheit** und der von ihr abhängigen chronischen Leiden: Neuralgie, Neurose, Magendarm, Neurasthenie, Arterienverkalkung, Gicht, Zuckerkrankheit. 10. Auflage, Preis 2 ℳ. Bruno Wilkens Verlag in Hannover.

„Aso Technische Bibliothek", zweite Auflage. In der vorliegenden zweiten Auflage der Aso Technischen Bibliothek sind nicht nur alle inzwischen bekannt gewordenen technischen Neuerungen berücksichtigt, die leicht ist auch um einen Abschnitt, betitelt: „Praktischer Ratgeber für Aso Schuhmacher" erweitert worden, so daß das Werk nunmehr sechs Bände enthält und damit auf einen Umfang von 601 Seiten mit 153 Abbildungen gebracht wurde. Die Aso Technische Bibliothek berichtet sich nicht allein auf die umfassende Erläuterung des Arbeitsverfahrens in Neugebeit, Reparaturarbeit und Reparatur, sondern enthält auch in einem Band über Werkzeugen und Schaftherstellung. Der sechste Band ist speziell der Werkstattpraxis gewidmet. In diesem werden dem Fachmann viele kurzgefaßte Winke gegeben, wie er diese oder jene Arbeit am zweckmäßigsten zur Ausführung bringt.

Der Verlag, die Firma Atlas Aso Chemische Fabrik Aktiengesellschaft Abteilung b, Leipzig, gibt das Werk zu folgenden Preisen ab: Band 1 bis 6 in einem Band gebettet 3,50 ℳ franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Band 1 bis 6 in einem Band gebettet 3,75 ℳ franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Dieser ermäßigte Preis wird nur einerdamm an Besitzer von Aso-Aso-Pressen (T. A. B.), die den Bezug der Presse näher nachweisen, oder Besitzer einer Aso Technischen Bibliothek Band 1 bis 5 erste Auflage, die Band 6 als Ergänzung und an die Atlas Aso, Wölfau b. Leipzig, zurückgesandt werden und erhält Besteller gegen 3,75 ℳ ein Exemplar der zweiten neuesten Auflage. Band 6 in einem Band gebettet 1,25 Reichsmark franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Meine Erlebnisse unter Straßenbahnen von Ernst v. Koerber, mit acht Bildtafeln nach Aufnahmen der Verfasserin. Umschlagzeichnung von Adolf Hoffmann. Broschiert 4,20 ℳ, ganzleinen 5,50 ℳ (Porto 20 Pf.). Soeben erschienen im Walter Hädecke Verlag, Stuttgart, Hohe Straße 2.

Die Verfasserin, die das Schicksal ihrer beinraten Mitmenschen viel erregt hat sich die Türen zu den Straßenbahnen eröffnen und hat für Straßenstellene aus freien Stücken die Führerge übernommen, derer sie bedurften, um zurück in das Leben zu finden.

„Aso Technische Bibliothek", zweite Auflage. In der vorliegenden zweiten Auflage der Aso Technischen Bibliothek sind nicht nur alle inzwischen bekannt gewordenen technischen Neuerungen berücksichtigt, die leicht ist auch um einen Abschnitt, betitelt: „Praktischer Ratgeber für Aso Schuhmacher" erweitert worden, so daß das Werk nunmehr sechs Bände enthält und damit auf einen Umfang von 601 Seiten mit 153 Abbildungen gebracht wurde. Die Aso Technische Bibliothek berichtet sich nicht allein auf die umfassende Erläuterung des Arbeitsverfahrens in Neugebeit, Reparaturarbeit und Reparatur, sondern enthält auch in einem Band über Werkzeugen und Schaftherstellung. Der sechste Band ist speziell der Werkstattpraxis gewidmet. In diesem werden dem Fachmann viele kurzgefaßte Winke gegeben, wie er diese oder jene Arbeit am zweckmäßigsten zur Ausführung bringt.

Der Verlag, die Firma Atlas Aso Chemische Fabrik Aktiengesellschaft Abteilung b, Leipzig, gibt das Werk zu folgenden Preisen ab: Band 1 bis 6 in einem Band gebettet 3,50 ℳ franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Band 1 bis 6 in einem Band gebettet 3,75 ℳ franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Dieser ermäßigte Preis wird nur einerdamm an Besitzer von Aso-Aso-Pressen (T. A. B.), die den Bezug der Presse näher nachweisen, oder Besitzer einer Aso Technischen Bibliothek Band 1 bis 5 erste Auflage. Dieses alle Exemplar muß an die Atlas Aso, Wölfau b. Leipzig, Reichsmark franko gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages, zurückgesandt werden und erhält Besteller gegen 3,75 ℳ ein Exemplar der zweiten neuesten Auflage. Band 6 in einem Band gebettet 1.25

Zur Richtigstellung

In der Nummer 15 vom 11. April 1928 des „Schuhmacher" wird in einer Auseinandersetzung mit dem „Roten Schuhmacher" desselben meiner Person gedachtes: „Bei der Wahl 1925 mußte bekanntlich der bereits auf der Kandidat stehende Kollege Weinrich (Stuttgart) auf Veranlassung des Bezirkssekretariats zurücktreten."

Diese Behauptung, die ähnlich seinerzeit in einer hiesigen Zeitung erschien, habe ich damals in der Presse richtiggestellt. Das hätte dem Schreiber des Artikels auch bekannt gewesen sein. Ich stelle nochmals fest, die Aufstellung trifft nicht zu.

Bemerkung. Daß Kollege Weinrich bereits als Kandidat auf dem Wahlzettel stand, wird von ihm selbst nicht abgeleugnet, ebenso wird von ihm in Abrede gestellt, daß er nachher unwürdig des Kollegen Mösner sich vom Wahlzettel hat wieder streichen zu lassen. Daß unmittelbar vorher in der Frage seiner Kandidatur zum Internationalen Kongreß mit ihm auf dem Bezirkssekretariat der BzA. eine „Aussprache" stattgefunden hat, wird er ebenfalls nicht bestreiten wollen. Der vorstehend erwähnte Form der „Richtigstellung" des Kollegen Weinrich verantwortlich mich, an ihn die Frage zu stellen: Entspricht es nicht den Tatsachen, daß vom Bezirkssekretariat an ihn in mehr oder minder bestimmter Form das Verlangen geltend wurde, von seiner Kandidatur zurückzutreten? Wenn nicht, dann bekanntlich ihn dann, sich von dem bereits aufgestellten Wahlzettel wieder streichen zu lassen, nachdem doch aus Kollegenkreisen keinerlei diesbezüglichen Anstoß an ihn gestellt wurde? Der Berichterstatter.)

Berichtigung zum Bericht der Konferenz in Sachsen

In Nr. 16 des „Schuhmacher" hatten wir einige Daten nicht richtig angegeben:

Die Ferien in Sachsen betreiend sollte es heißen: vom 15. Juli bis 31. Juli 1928. Es soll erstens werden, die Ferien in dieser Zeit eintreten zu lassen, da eben in dieser Zeit der Ferienzug nach Rügen laufen wird.

F. F.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 29. April bis 5. Mai 1928 ist der 18. Beitrag fällig.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon), Nürnberg, Allersbergerstraße 1.

ANZEIGEN

Sie suchen Qualitätswerkzeuge

Im Interesse unserer Werbung Katalog, 94 Seiten stark und mit über 400 Abbildungen, senden Ihr alles an Werkzeugen und Maschinenbau, die heute für jeden fortschrittlichen Schuhmacher unentbehrlich sind. Der Versand des Katalogs erfolgt nur gegen Voreinsendung von 1,50 ℳ in Briefmarken. Bei Bestellung im voller von 20 ℳ wird dieser Betrag zurückvergütet.

E. Vögtle, Berlin N. 54, Linienstraße 41

Das Haus der Qualitätswerkzeuge!

In jedes Arbeiter-Heim gehört die Arbeiter-Presse!

Der Schuhindustrielle

Das Fachblatt für den Schuhmacher ist **höchste Auflage ist nun erschienen!** Probenummer kostenlos durch

H. Franke, Artern 17